

**Auszug zum Themenbereich „Finanzen, Haushalt, Steuern“
aus der Pressekonferenz zur Halbzeitbilanz der schwarz-grünen Landesregierung
von VhU-Hauptgeschäftsführer Volker Fasbender am 2. Juni 2016**

Ich komme zum Thema Finanzpolitik. Hier stimmt grundsätzlich der Kurs Richtung Generationengerechtigkeit, die Koalition sollte aber mehr darauf achten, nicht vom Weg abzukommen. Bei der Sanierung des Landeshaushalts hat die Koalition quantitativ große Fortschritte erzielt: Das Etatdefizit sank deutlich von 1,03 Mrd. Euro im Jahr 2013 auf nur noch 360 Mio. Euro in 2015.

Ermöglicht wurde dieser Erfolg zwar ganz überwiegend durch günstige Rahmenbedingungen wie die Steuermehreinnahmen von 2,1 Mrd. Euro – vor allem dank einer starken Wirtschaft. Hinzu kam die Senkung der Zinsausgaben um 100 Mio. Euro in diesem Zwei-Jahres-Zeitraum auf 1,17 Mrd. Euro.

Aber auch die Koalition hat durch strukturell wirksame Konsolidierungsschritte einen kleineren Teil der Etatsanierung bewirkt: Der Anstieg der Personalausgaben im Jahr 2015 wurde auf 1,1 Prozent statt 1,7 bis 3,8 Prozent in den vier Vorjahren gedämpft, was ebenfalls rund 170 Mio. Euro zum Defizitabbau beitrug. Die Standhaftigkeit der Koalition beim Stellenabbau und bei der Begrenzung des Anstiegs der Beamtengehälter erkennt die VhU ausdrücklich an.

Allerdings muss die strukturelle Konsolidierung noch viel konsequenter als bisher voran gebracht werden. Denn die für den Haushalt günstige Phase mit Rekordbeschäftigung, Niedrigzinsen, niedrigem Ölpreis und Steuermehreinnahmen kann jederzeit enden, während sicher ist, dass die hohen Ausgaben für die Versorgung und Integration von bleiben und die Ausgaben für die Pensionäre (derzeit 2,5 Mrd. Euro) stark ansteigen werden.

Der Defizitabbau in Hessen ist auf drei Säulen zu gründen:

1. Modernisierung der öffentlichen Verwaltung,
2. Verlangsamung des Anstiegs der konsumtiven Ausgaben,
3. Sicherung der Steuermehreinnahmen durch Unterstützung des Wachstums.

1. Öffentliche Verwaltung modernisieren

Nachholbedarf hat die Landesregierung bei der Modernisierung der Verwaltung. Ihre Effizienz muss auf allen Ebenen steigen. Mit dem 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz wurde im Jahr 2014 leider eine Chance zur echten Modernisierung verpasst: die automatischen altersbezogenen Gehaltssteigerungen für Beamte wurden nicht abgeschafft, sondern leicht abgewandelt als berufliche „Erfahrungszeiten“ fortgesetzt. Eine Ersetzung durch Leistungsanreize wäre weiterhin sinnvoll und brächte einen finanziellen Spielraum.

2. Anstieg konsumtiver Ausgaben verlangsamen

Das Wachstum der konsumtiven Ausgaben muss die Koalition stärker drosseln. Dazu ist eine Haushaltsstrukturreform erforderlich: Die Koalition sollte anstreben, relativ weniger für Personal, Soziales, Verwaltung und Subventionen auszugeben und dafür mehr zu investieren und mehr Rücklagen für die Versorgung der Pensionäre zu bilden. Doch leider reduziert auch die derzeitige Koalition die Investitionen – auch zum Zwecke des Defizitabbaus. Bereits die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte die Investitionen von 2,4 Mrd. Euro in 2011 auf knapp 2,0 Mrd. in 2013 gesenkt. Die schwarz-grüne Koalition senkte die Investitionen weiter: in 2014 auf knapp 1,9 Mrd. und in 2015 sogar um 9 Prozent auf nur noch 1,7 Mrd. Euro. So werden Lasten auf kommende Generationen verschoben, da die Abschreibungen die Investitionen übersteigen.

Die VhU fordert höhere Investitionen. Der geplante Anstieg in 2016 auf 1,9 Mrd. Euro muss unbedingt realisiert sowie fortgesetzt und verstetigt werden. Nötig ist eine Infrastrukturerhaltungsregel, um den Investitionen im Landesetat Vorrang einzuräumen.

3. Steuernehreinnahmen durch Wachstum sichern

In der Steuerpolitik reicht es für das Land aus, auf den Anstieg der Einnahmen in Folge des weiteren Wirtschaftswachstums zu vertrauen. Dazu sollte sich die Koalition zum einen für eine kluge Wachstumspolitik in Hessen, im Bund und in der EU einsetzen, und zum anderen gegen wachstumsschädliche Steuer- und Abgabenerhöhungen eintreten. Steuererhöhungen lehnt die VhU ab. Das gilt auch für die unnötige Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch CDU und Grüne und für die vom Land indirekt bewirkten Erhöhungen der Hebesätze der Gewerbesteuer in den Kommunen. Neue oder höhere Steuern verringern Anreize, mehr zu arbeiten und mehr zu investieren. Sie verlangsamen das Wachstum der Wirtschaft und der Steuereinnahmen.

Es ist gut, dass wichtige hessische Koalitionspolitiker wie der Ministerpräsident, der Finanzminister und die Fraktionsvorsitzenden den Steuererhöhungswünschen ihrer Parteifreunde auf Bundesebene widersprechen. Über den Bundesrat und ihre Bundesparteien sollten sich hessische Koalitionspolitiker für steuerpolitische Verbesserungen im Bund einsetzen:

- Die Reform der Erbschaftsteuer muss jetzt gerichtsfest gelingen – ohne signifikante Ausweitung der Steuerbelastung.
- Die Luftverkehrssteuer ist abzuschaffen – sie schädigt gerade den Standort Hessen.
- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollte unterbleiben, denn sie würde den Finanzplatz Frankfurt gegenüber London oder Zürich benachteiligen
- Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer ist abzulehnen, denn sie würde auch Einzelunternehmen und Personengesellschaften belasten.
- Die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge sollte beibehalten werden, damit Gewinne in einer GmbH oder AG nicht höher besteuert werden als Löhne und Gehälter.
- Der Solidaritätszuschlag und der sog. „Mittelstandsbauch“ der Einkommensteuer sind abzuschaffen, sobald die Haushalte im Bund und Land strukturell ausgeglichen sind. Bis dahin hat die Konsolidierung Vorrang vor einer wirtschaftspolitisch weiter wünschenswerten allgemeinen Absenkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerlast.